

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Rates
am Dienstag, 02.09.2014, 19.12 Uhr - 20.30 Uhr

1. Bestellung eines Schriftführers für diese Ratssitzung

Einstimmig bestellte der Rat für diese Sitzung Herrn Stadtkämmerer Franz-Karl Boden zum Schriftführer.

2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Bürgermeisterin Ritter führte Ratsmitglied Georg Alt, der an der konstituierenden Sitzung am 24.06.2014 nicht teilnehmen konnte, in feierlicher Form ein und verpflichtete ihn durch Nachsprechen folgender Eidesformel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

3. Fragestunde für Einwohner

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.

4. Aukloster;
hier: Ausübung eines Vorkaufsrechtes

Im Rahmen einer kurzen Diskussion, an der sich neben Bürgermeisterin Ritter die Stadtverordneten Kreitz, Olschewski, Krickel und Germ beteiligten, wurde die zentrale Bedeutung des Auklosters für die Altstadt und die gesamte Stadt Monschau herausgestellt. Einhellig wurde die Auffassung vertreten, dass unverzüglich ein Nutzungskonzept zu erarbeiten sei, um die Belastung der Bürgerschaft in Folge des Erwerbs so gering wie möglich zu halten.

5. Anteilsverkauf der EWV an der GREEN Biogasenergie Cereshof GmbH

Der Rat der Stadt Monschau stimmte dem Verkauf des 49%-igen EWV-Anteils an der „GREEN Biogasenergie Cereshof GmbH“ an Herrn Schlösser zum Kaufpreis von 1 € **einstimmig** zu und ermächtigte die Vertreter der Stadt Monschau, in der Gesellschafterversammlung die erforderlichen Erklärungen abzugeben.

6. Lieferung von elektrischer Energie für die Jahre 2015 bis 2017; hier: Grundsatzbeschluss

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Stadtverordneten Kreitz, Olschewski und Krickel beteiligten und in deren Verlauf Stadtverordneter Krickel Kritik daran übte, dass in der vorgenommenen Ausschreibung keine Altersbeschränkung für die Anlagen vorgegeben worden sei, aus denen die geforderte Energie aus erneuerbaren Quellen geliefert werden soll, beschloss der Rat **einstimmig**:

„Der Rat ermächtigt die Verwaltung, jeweils dem Unternehmen, welches bei der zurzeit laufenden europaweiten Ausschreibung über die Lieferung von elektrischer Energie für die Liegenschaften der Stadt Monschau für die Lieferjahre 2015 – 2017 den niedrigsten Preis je Teillos abgegeben hat, den Auftrag zu erteilen.“

7. Treppenanlage / Bruchsteinmauer „Sonntagsley“ hier: Aufgabe der Wegenutzung und Veräußerung einer Teilfläche aus der städt. Wegeparzelle oberhalb der ehem. Schreinerei „Auf den Planken“

Ortsvorsteher Kaulen bedauerte, dass die finanzielle Lage der Stadt dazu zwingt, den nur mit großem Aufwand zu sanierenden Fußweg aufzugeben, hielt dies aber angesichts der noch vorhandenen übrigen Wegeführungen in diesem Bereich für vertretbar. Dem schlossen sich die Stadtverordneten Olschewski, Weber, Krökel und Krickel grundsätzlich an. Stadtverordneter Victor hielt indes zunächst weitere Prüfungen für erforderlich.

Sodann beschloss der Rat **bei zwei Gegenstimmen**,

- 1. die Treppenanlage nicht wiederherzustellen, die Nutzung des Fußweges von „Auf den Planken“ hoch zur „Sonntagsley“ / zum Friedhof aufzugeben und das entsprechende Einziehungsverfahren einzuleiten,*
- 2. die Veräußerung einer Teilfläche aus der Wegeparzelle, die unmittelbar an das Gebäude der ehem. Schreinerei „Auf den Planken“ angrenzt (s. Anlage 1 zur Beschlussvorlage).*

8. Einführung einer allgemeinen PKW-Maut; hier: Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen

Bürgermeisterin berichtete, der Wirtschaftsausschuss habe den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Empfehlung an den Rat verwiesen. Stadtverordneter Krickel trug vor, in der Pause zwischen der Sitzung des Wirtschaftsausschusses und des Rates sei zwischen den Fraktionen eine abgewandelte Stellungnahme zur Einführung einer allgemeinen PKW-Maut abgestimmt worden.

Daraufhin beschloss der Rat **einstimmig** die nachstehende Stellungnahme zur Einführung einer allgemeinen PKW-Maut und beauftragte die Verwaltung, diese Stellungnahme den Bundestagsabgeordneten aus der Region zur Kenntnis zu bringen

mit der Bitte, die Bedenken des Stadtrates in die Diskussion im Bundestag einzubringen.

„Der Rat der Stadt Monschau lehnt die Einführung in der vorliegenden Form des Referentenentwurfs ab:

- 1. Vor weniger als zwanzig Jahren begann der Abbau der Schlagbäume an den Grenzen Deutschlands. Seitdem können die Bürgerinnen und Bürger Europas ohne Hemmnisse unser Land besuchen. Die Einführung einer allgemeinen, für alle Straßen gültigen PKW-Maut würde diese Freizügigkeit künstlich einschränken und wird daher abgelehnt.*
- 2. Diese Einschränkungen würden Monschau als Stadt im Dreiländereck besonders treffen, müsste man doch befürchten, dass die niederländischen und belgischen Nachbarn durch eine solche Maut in Zukunft von Tagesausflügen, (Kurz-)Urlaube oder Einkäufen bei uns Abstand nehmen könnten. Auch Veranstaltungen und kulturelle Events müssten um Besucher aus den Nachbarländern bangen.*
- 3. Darüber hinaus würden auch die guten nachbarschaftlichen Beziehungen, die vor Grenzen keinen Halt mehr machen, beeinträchtigt. Insofern wäre die Einführung einer Maut ein Rückschritt für unser in der Grenzregion tagtäglich gelebtes Europa.*
- 4. Deutschland ist das Land in Europa mit dem höchsten Transitverkehrsaufkommen. Statt kleinteiliger Ideen für die Rückkehr zur Kleinstaaterei sind kreative Ansätze gefragt. Also nicht der Aufbau einer neuen Bürokratie, sondern eher die Verkleinerung der vorhandenen. Europa muss einfacher funktionieren. Die Mautstationen soll dann das Schicksal von Grenzkontrollen und Zollabfertigungen ereilen.“*

9. Anfragen der Ratsmitglieder

9.1 Anfrage des Stadtverordneten Matthias Steffens (schriftlich) zum Zustand des Bauhofgeländes am „Salzsilo“

Bürgermeisterin Ritter wies darauf hin, dass das Grundstück im Eigentum der Monschauer Stadtentwicklungsgesellschaft (MonStEG) stehe, die ihrerseits plane, auf dem Gelände Schüttgutboxen anzulegen und es durch einen Zaun zu sichern. Der erforderliche Bauantrag sei gestellt und die Realisierung noch in diesem Jahr geplant. Die Stadt werde sodann einen Pachtvertrag mit der MonStEG schließen.

9.2 Anfrage der Stadtverordneten Brigitte Olschewski zum Pflegezustand des Straßenbegleitgrüns

Bürgermeisterin Ritter wies auf die eingeschränkten Möglichkeiten der Stadt hin, sämtliche Grünflächen an Straßen zu pflegen, sagte aber eine Überprüfung auf besonders drängende Pflegemaßnahmen zu.

9.3 Anfrage des Stadtverordneten Kurt Victor zum Sachstand „Windkraftkonzentrationszone Höfener Wald“

Bürgermeisterin Ritter erläuterte, dass die Offenlage der Flächennutzungsplanänderung durchgeführt sei, und erläuterte die besondere Problematik des im Nationalpark horstenden Schwarzstorchpaares, für das ein Ersatz-Nahrungshabitat zu finden bzw. zu schaffen sei. Aktuell stehe ein Termin bei der Bezirksregierung bevor, in dem die Notwendigkeit von Pauschalabständen zu den in der Konzentrationszone liegenden Schutzgebieten zu diskutieren sei.

Es sei Zielsetzung, am 30.09.2014 im Planungsausschuss zu resümieren und bis zum Jahresende den Satzungsbeschluss zu fassen.

9.4 Anfrage des Stadtverordneten Kurt Victor zum Sachstand „Gewerbegebiet Imgenbroich Nord-West“

Hierzu berichtete die Bürgermeisterin über die unterschiedlichen Auffassungen zu den Auswirkungen der angegriffenen Planung auf die Gemeinde Simmerath. Zurzeit sei aber noch keine Entscheidung des OVG gefallen.

9.5 Anfrage des Stadtverordneten Georg Alt zum Sachstand „ÖPNV-Verknüpfungspunkt“

Wie Bürgermeisterin Ritter ausführte, liegt die Baumaßnahme im Zeitplan.

10. Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Strukturvision Schiefergas; hier: Öffentlichkeitsbeteiligung zum Inhalt der Strategischen Umweltprüfung

Zu diesem Thema lag dem Rat eine schriftliche Mitteilung vor.

10.2 Weihnachtsmarkt

Bürgermeisterin Ritter informierte den Rat, dass der Wirtschaftsausschuss in seiner voraufgegangenen Sitzung die Erweiterung der Öffnungszeit des diesjährigen Weihnachtsmarktes auf den 21. und 22. November abgelehnt habe.

10.3 Wirtschaftsausschuss

Für den 02.12.2014 kündigte die Bürgermeisterin eine weitere Sitzung des Wirtschaftsausschusses an, in der unter anderem die Tourismusbilanz für die Stadt Monschau beraten werden solle.

10.4 Städtebauförderung

Bürgermeisterin Ritter berichtete, dass der von der Stadt Monschau gestellte Antrag auf Städtebauförderungsmittel von der Bewilligungsbehörde positiv bewertet werde. Im Zuge der Haushaltsberatungen solle sich der Rat mit der Finanzierung der erforderlichen Eigenanteile auseinandersetzen.